

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 09/2008
vom 09.05.2008

EUROPABERICHT NR.: 09/2008
Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 21.-24.04. 2008 IN STRASBURG

Zu den wesentlichen Ergebnissen gehörten die Entlastung des Haushaltes für 2006, die Befassung mit der Strategieplanung der Kommission für 2009 sowie der Beschluss zum Fortschrittsbericht der Kommission für 2007 über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM). Gegenstand der Hauptplenardebatte waren Erklärungen zum Gipfel zwischen der EU und Lateinamerika/Karibik sowie zu den Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Visabefreiung. Im außenpolitischen Bereich befassten sich das EP weiter mit den Auswirkungen der Politik Chinas auf Afrika und forderten gezielte Sanktionen gegen Birma. In einer feierlichen Stunde forderte der Präsident Sloweniens *Danilo Türk* eine Führungsrolle der EU beim Kampf gegen den Klimawandel und bei der Förderung der Menschenrechte. Gleichzeitig sprach er sich für einen Beitritt der Türkei aus.

Im gesetzgeberischen Bereich ist aus bayerischer Sicht insbesondere die Einigung in erster Lesung über die Errichtung des Satellitennavigationssystems GALILEO ab 2013 von Bedeutung. Auf großes öffentliches Interesse stießen die Initiativberichte zur Bekämpfung des Organmangels, der Transplantationsrisiken und des Organhandels sowie die Forderung nach qualitativ hochwertigen internationalen Rechnungslegungsstandards des Bayerischen Berichterstatters, MdEP *Alexander Radwan* (EVP-CSU). Im Konsultationsverfahren nahm das EP zur deutschen Initiative zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität Stellung. In weiteren Initiativberichten sprach sich das EP für einen gemeinsamen Kampf mit der Zivilgesellschaft gegen Drogen und einen Umweltschutz durch marktwirtschaftliche Instrumente aus (s. zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/27063-112-04-17-20080418BRI27036-21-04-2008-2008/default_de.htm

PLENARSITZUNG IN STRASSBURG: MEHREBENENVERNETZUNG - BESUCH AUS BAYERN

Anlässlich des Plenums hielten sich der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Dr. Markus Söder*, der Arbeitskreis für Bundes und Europaangelegenheiten der CSU Landtagsfraktion unter Führung von *MdL Prof. Dr. Ursula Männle* und die unterfränkischen Landräte unter ihrem Vorsitzendem, Landrat *Harald Leitherer*, und in Begleitung des Regierungspräsidenten, *Dr. Paul Beinhofer*, zu Gesprächen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, *MdEP Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering*, der CSU Europagruppe unter dem Vorsitz von *MdEP Markus Ferber* und weiteren führenden Europaabgeordneten sowie mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, *Günter Verheugen* und anderen Kommissionsvertretern, in Strassburg auf. Hauptgegenstand der Gespräche war die bessere Vernetzung der kommunalen, Landes- und Europaebene anhand konkreter Fragen und die Herausforderungen bei der Umsetzung des Lissabonvertrages, insbesondere bei der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips.

TÜRKEI/KROATIEN: STAND DER BEITRITTSVERHANDLUNGEN

Der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlamentes hat am 21.04.2008 in einem eher kritischen Bericht die Türkei zu einem höheren Reformtempo aufgefordert. Gleichzeitig kündigte Erweiterungskommissar *Olli Rehn* eine Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an. Auf Ratsseite sprach sich der slowenische Präsident *Danilo Türk* in einer feierlichen Stunde im Plenum des Europäischen Parlamentes am 23.04.2008 für einen Beitritt der Türkei aus. Ebenfalls am 21.04.2008 wurden in den Beitrittsverhandlungen mit Kroatien zwei weitere Kapitel zu Energie -und Verkehrsfragen eröffnet.

ERGEBNISSE DES AUßENMINISTERRATES VOM 29.04.2008

Der Rat der Außenminister hat am 29.04.2008 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Serbien unterzeichnet. Dieses tritt aber erst in Kraft, wenn Serbien vollständig mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zusammenarbeitet. Hingegen konnte sich der Rat wegen des Widerstandes von Litauen nicht auf die Eröffnung von Verhandlungen für ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland einigen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/100227.pdf

BARROT SOLL FRATTINIS AUFGABEN ÜBERNEHMEN

Kommissionspräsident Barroso hat entschieden, dass nach dem Ausscheiden des künftigen italienischen Außenministers Franco Frattini nicht sein italienischer Nachfolger, sondern Vizepräsident Jacques Barrot (F), die Rolle des Justiz- und Innenkommissars übernimmt. Neues italienisches Kommissionsmitglied soll nach jüngsten Presseveröffentlichungen der EU-Abgeordnete Antonio Tajani werden.

EINIGUNG ÜBER RÜCKFÜHRUNGSRICHTLINIE – ZUSTIMMUNG VON RAT UND EP NOCH UNSICHER

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, *Manfred Weber* (D, EVP), der Vorsitzende des Rates Justiz und Inneres, Sloweniens Innenminister *Dragutin Mate*, und die Europäische Kommission haben sich am 23.04.2008 über die letzten strittigen Fragen zur Rückführungsrichtlinie (siehe EB 08/08) geeinigt. Bei den Schlüsselfragen haben sich keine wesentlichen Änderungen mehr ergeben. Abschiebehalt soll im Regelfall nicht länger als 6 Monate dauern, in Einzelfällen soll eine Verlängerung auf bis zu 18 Monate möglich sein. Nach einer Abschiebung ist ein Wiedereinreiseverbot von bis zu 5 Jahren Dauer vorgesehen, bei einer ernststen Gefahr für die Sicherheit auch länger.

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 18.04.2008: INNENPOLITIK

1. Politische Einigung zur Umwandlung EUROPOL's in eine EU-Agentur
2. Einbeziehung von Flüchtlingen in Richtlinie „langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige“ bleibt strittig – EP will Änderungen
3. Schlussfolgerungen zur praktischen Zusammenarbeit im Asylbereich – Kommission plant EU-Unterstützungsagentur
4. Griechenland räumt Probleme im Asylbereich ein - EU-Recht werde aber künftig vollständig angewandt
5. Schäuble-Initiative zu irakischen Flüchtlingen vertagt
6. Schäuble lehnt aktuellen Richtlinienentwurf zum Schutz kritischer Infrastrukturen ab
7. Kommission soll mit USA Visafreiheit für alle EU-Bürger aushandeln
8. Aktionsplan für bessere Sicherheit von Explosivstoffen angenommen
9. Weitere Beschlüsse ohne Debatte (sog. A-Punkte)
 - Annahme der Verordnung zur einheitlichen Gestaltung von Aufenthaltstiteln

- Erteilung eines Mandats für die Kommission, mit Brasilien über die Abschaffung der Visapflicht bei Kurzaufenthalten zu verhandeln.

EUGH: BESTIMMUNGEN DER ASYLVERFAHRENSRICHTLINIE ÜBER LISTE SICHERER DRITTSTAATEN NICHTIG

Der Europäische Gerichtshof hat der Klage des Europäischen Parlaments gegen die in der Asylverfahrensrichtlinie enthaltene Befugnis, eine Liste sicherer Drittstaaten zu erstellen und zu ändern, stattgegeben und die einschlägigen Artikel der Richtlinie für nichtig erklärt. Der Rat habe seine Rechte überschritten, weil er sich die Entscheidung über die Liste bei bloßer Anhörung des EP vorbehalten hat (C-133/06).

<http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp08/aff/cp080029de.pdf>

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

EP FÜR ÜBERFÜHRUNG DES VERTRAGS VON PRÜM IN EU-RECHT

Das Europäische Parlament hat der unter deutscher Präsidentschaft vereinbarten, weitgehenden Überführung des Vertrags von Prüm in EU-Recht mit Änderungen zugestimmt. Dies ermöglicht den Austausch von DNA-, Fingerabdruck- und KFZ-Daten zur Verbrechensbekämpfung.

KOMMISSION: KONSULTATION ZUR GEBÄUDEENERGIERICHTLINIE

Die Kommission hat eine Konsultation zur Neufassung der Richtlinie 2002/91/EG über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden eingeleitet, zu der bis 20. Juni Stellungnahmen eingereicht werden können. Ende 2008 will sie einen Vorschlag zur Neufassung der Richtlinie vorlegen.

http://ec.europa.eu/energy/demand/consultations/buildings_dir_en.htm

DEUTSCHER WIRD NEUER CHEF VON EUROSTAT

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, wird neuer Generaldirektor der Europäischen Statistikbehörde EUROSTAT (siehe auch im Geschäftsbereich des StMF).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/634&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

JI-RAT AM 18.4.2008 IN LUXEMBURG

Der Rat Inneres und Justiz behandelte am 18.4.2008 folgende Themen aus dem Bereich der Justiz- und Rechtspolitik:

1. Rahmenbeschluss Terrorismus
2. Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens

EUROPÄISCHES PARLAMENT BESCHLIEßT MEDIATIONSRICHTLINIE

Das Europäische Parlament hat auf seiner Plenarsitzung in Straßburg am 23.4.2008 die Richtlinie über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen in zweiter Lesung angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0166+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

INFORMATIONSBESUCH DES AK-RECHT IN LUXEMBURG UND BRÜSSEL

Der AK Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen der CSU-Landtagsfraktion informierte sich vom 28.-30.4.2008 in Luxemburg und Brüssel über aktuelle Themen der europäischen Rechtspolitik.

EUROBAROMETER ZIVILJUSTIZ

Nach einer Eurobarometer-Umfrage zur Ziviljustiz in der EU halten drei Viertel der EU-Bürger zusätzliche Maßnahmen für nötig, um den Zugang zu den Zivilgerichten in anderen Mitgliedstaaten zu erleichtern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/633&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION UND EZB LEGEN KONVERGENZBERICHTE ZU ZEHN EU-STAATEN VOR

Die Kommission und die EZB haben die turnusmäßigen Konvergenzberichte zu den Mitgliedstaaten, die noch nicht der Eurozone angehören, gemäß Art. 122 Abs. 2 EGV vorgelegt. Darin untersuchen sie, inwieweit diese Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für einen Beitritt zur Eurozone erfüllen. Da die Slowakei am 4. April 2008 einen Beitrittsantrag gestellt hat, wurde sie intensiver bewertet. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass die Slowakei die Konvergenzkriterien erfüllt, während die EZB erhebliche Bedenken hinsichtlich der nachhaltigen Konvergenz bei der Preisstabilität äußert. Die übrigen neuen Mitgliedstaaten erfüllen die Kriterien noch nicht.

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article12550_en.htm

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/conrep/cr200805de.pdf>

BERICHT DER KOMMISSION ZU ZEHN JAHREN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Anlässlich des 10. Jahrestages des Beschlusses über die Einführung des Euro am 2./3. Mai 1998 hat die Kommission eine Mitteilung „WWU@10: Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion - Errungenschaften und Herausforderungen“ angenommen, in der analysiert wird, welche Vorteile die WWU gebracht hat und welche Verbesserungen noch erforderlich sind.

http://ec.europa.eu/economy_finance/emu10/reports_en.htm

KOMMISSION STELLT FRÜHJAHRSPROGNOSE 2008 VOR

Nach der am 28. April 2008 vorgelegten Frühjahrsprognose rechnet die Kommission in der EU 2008 mit einem Wachstum von 2,0 % und 2009 von 1,8 % (Euroraum von 1,7 % bzw. 1,5 %). Wegen der anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten, der merklichen Konjunkturabschwächung in den USA und des sprunghaften Anstiegs der Rohstoffpreise, reduzierte die Kommission ihre Wachstumsprognosen vom Herbst 2007. Als besorgniserregend bezeichnet sie den Inflationsdruck. 2008 werde sich die durchschnittliche Inflationsrate auf 3,6 % in der EU bzw. auf 3,2 % im Euroraum belaufen. Allerdings dürfte die Inflation im 2. Quartal 2008 ihren Höchststand erreichen und 2009 wieder auf durchschnittlich 2,4 % in der EU bzw. 2,2 % im Euroraum sinken.

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/specpub_list9253.htm

HAUSHALTSVORENTWURF 2009

Nach dem von der Kommission am 6. Mai 2008 vorgelegten Haushaltsvorentwurf für 2009 stehen im folgenden Jahr der EU Verpflichtungsermächtigungen (VE) in Höhe von 134,4 Mrd. € zur Verfügung und damit ca. 3,14 % mehr als 2008. Dies entspricht 1,04 % des BIP. Dagegen soll das Volumen der Zahlungsermächtigungen (ZE) mit 116,7 Mrd. € um ca. 3,3 % unter dem Ansatz von 2008 bzw. bei 0,90 % des BIP liegen. 2008 umfasst der Haushalt noch ein Volumen von 120,3 Mrd. € oder von 0,96 % des BIP.

ENTLASTUNG DES EU-HAUSHALTES 2006

Das EP hat am 22.04.2008 der Kommission die Entlastung für die Ausführung des Haushaltes 2006 erteilt. In der EntschlieÙung begrüÙt das EP zwar die bisherigen Fortschritte auf dem Weg zu einer effizienteren Nutzung der EU-Mittel und der Kontrolleinrichtungen, bedauert aber, dass die Kommission die „kollektive Verantwortungslosigkeit der Mehrheit der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Finanzverwaltung in der EU stillschweigend akzeptiert“.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20080422+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20080422+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

ENTSCHLIEÙUNG DES EP ZU IFRS UND LEITUNG DES INTERNATIONAL ACCOUNTING STANDARDS BOARD (IASB)

Am 24. April 2008 nahm das EP den Initiativbericht von MdEP *Radwan* (EVP-ED/DE) zu den internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) und der Leitung „International Accounting Standards Board (IASB)“ an. Darin kritisiert das EP die mangelnde Transparenz und demokratische Legitimation des IASB sowie die Diskussion um Rechnungslegungsstandards für KMU und fordert, dass Leitung und Rechenschaftspflicht des IASB verbessert werden müssen.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20080424+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20080424+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

BERICHT ÜBER KONVERGENZ DER RECHNUNGSLEGUNG

Die Dienststellen der Kommission haben am 22. April 2008 ein Arbeitspapier zu denjenigen Drittländern erstellt, die auf die Konvergenz ihrer nationalen „Generally Accepted Accounting Principles“ (GAAP) mit den „International Financial Reporting Standards“ (IFRS) hinarbeiten.

http://ec.europa.eu/internal_market/accounting/docs/equivalence_report_en.pdf

MARKTWIRTSCHAFTLICHE INSTRUMENTE FÜR UMWELTPOLITISCHE UND DAMIT VERBUNDENE ZIELE

Das EP verabschiedete am 24. April 2008 den Initiativbericht von MdEP *Ferrera* (SPE/F) zum Grünbuch der Kommission zu marktwirtschaftlichen Instrumenten für umweltpolitische und damit verbundene politische Ziele. Es betont die wichtige Rolle der ökologischen Steuern für die Erreichung der Umweltziele und bekräftigt die Auffassung, dass Umweltsteuern in erster Linie nicht der Erhöhung der Steuereinnahmen dienen dürfen, sondern der Vermeidung von Umweltverschmutzung und -zerstörung und somit auch dem gesellschaftlichen Wandel zu vernünftigen Kosten.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20080424+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20080424+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

WALTER RADERMACHER ZUM GENERALDIREKTOR VON EUROSTAT ERNANNT

Die Kommission hat am 23. April 2008 beschlossen, den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, *Walter Radermacher*, zum Generaldirektor des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften EUROSTAT zu ernennen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

INDUSTRIE- UND ENERGIEAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS STIMMT GEGEN DEN SOG. DRITTEN WEG

Der federführende Industrie- und Energieausschuss des Europäischen Parlaments hat sich am 06.05.2008 gegen die von Deutschland und Frankreich und sechs weiteren Mitgliedstaaten vorgeschlagene dritte Option ausgesprochen. Die Abgeordneten stimmten auch gegen die von der Kommission vorgeschlagene Zweitoption des unabhängigen Systemnetzbetreibers (ISO).

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-28143-127-05-19-909-
20080505IPR28142-06-05-2008-2008-false/default_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/051-28143-127-05-19-909-20080505IPR28142-06-05-2008-2008-false/default_de.htm)

EUROPÄISCHE KOMMISSION ÜBERMITTELT BEGRÜNDETE STELLUNGNAHME WEGEN DES SEKTORALEN FAHRVERBOTS IN TIROL AN ÖSTERREICH

Die Europäische Kommission hat am 06.05.2008 eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Österreich übermittelt. Darin fordert sie Änderungen der Verkehrsbeschränkungen für Schwerlastkraftwagen mit bestimmten Gütern auf der Inntal-Autobahn in Tirol. Nach Ansicht der

Kommission behindert das am 02.05.2008 in Kraft getretene sektorale Fahrverbot den grenzüberschreitenden Handel.

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT ERGEBNISSE DER ANHÖRUNG ZUM SOG. „SMALL BUSINESS ACT“

Die Europäische Kommission hat am 22.04.2008 die Ergebnisse ihrer Anhörung zum sog. „Small Business Act“ im Internet veröffentlicht. Hierzu hat sie mehr als 500 Beiträge erhalten. Die beiden meistgenannten Hindernisse für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) waren zu viele Vorschriften und damit verbunden ein zu hoher Bürokratieaufwand.

http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba_de.htm

KOMMISSION ÜBERPRÜFT GRUPPENFREISTELLUNGSVERORDNUNG FÜR VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN

Die Europäische Kommission hat am 17.04.2008 eine öffentliche Konsultation zur Funktionsweise und den Konsequenzen der bestehenden Gruppenfreistellungsverordnung für Versicherungsunternehmen eingeleitet. Stellungnahmen sind bis zum 17.07.2008 möglich. Damit soll überprüft werden, ob bestimmte Absprachen zwischen Versicherungsunternehmen weiterhin vom EU-Wettbewerbsrecht ausgenommen bleiben sollen.

http://ec.europa.eu/comm/competition/sectors/financial_services/insurance.html

EUROPÄISCHES PARLAMENT BILLIGT KOMPROMISS ZUR GALILEO-VERORDNUNG

In seiner Abstimmung am 23.04.2008 hat das Plenum des Europäischen Parlaments den mit dem Rat vereinbarten Kompromiss mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Verordnung legt Sicherheitsanforderungen und Ausschreibungsregeln für die Programme GALILEO und EGNOS fest.

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR NOVELLIERUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE GESAMTENERGIEEFFIZIENZ VON GEBÄUDEN

Die Europäische Kommission hat am 28.04.2008 eine öffentliche Konsultation zur Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden eingeleitet. Auf Basis der Ergebnisse soll Ende 2008 ein Vorschlag für die Neufassung der Richtlinie vorgelegt werden. Im Einzelnen siehe Beitrag im Geschäftsbereich des StMI.

http://ec.europa.eu/energy/demand/consultations/buildings_dir_en.htm

KOMMISSION BESCHLIEßT LEITLINIEN FÜR STAATLICHE BEIHILFEN AN EISENBAHNUNTERNEHMEN

Die Europäische Kommission hat am 30.04.2008 Leitlinien für staatliche Beihilfen an Eisenbahnunternehmen beschlossen. Damit werden die künftigen Möglichkeiten für die Gewährung öffentlicher Finanzmittel an Eisenbahnunternehmen präzisiert. Die Leitlinien ergänzen die Verordnung Nr. 1317/2007 über gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen, in der es um Beihilfen geht, die als Ausgleich für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen gewährt werden.

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/state_aid/consultation_ms_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DER VERORDNUNG ÜBER SOG. SLOTS

Die Europäische Kommission hat am 30.04.2008 eine Mitteilung zur Durchführung der Verordnung über die Zuweisung von Zeitnischen, sog. Slots, auf Flughäfen verabschiedet. Mit den Erläuterungen der Mitteilung soll eine bessere Durchführung der geltenden Vorschriften gewährleistet und die Nutzung knapper Kapazität auf ausgelasteten Flughäfen verbessert werden. Sie enthält auch die Billigung des sog. „Sekundärhandels“ mit Slots zwischen Fluggesellschaften.

http://ec.europa.eu/transport/air_portal/airports

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

WEINMARKTREFORM FÖRMLICH VERABSCHIEDET

Nachdem der Agrarrat im Dezember des letzten Jahres die politische Einigung getroffen hat, wurde die Weinmarktreform nun förmlich von den EU-Außenministern am 29. April 2008 verabschiedet. Mit der Reform soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Weine verbessert und die Umstrukturierung des Weinsektors vorangetrieben werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/656&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

DEBATTE IM PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUM PREISANSTIEG BEI NAHRUNGSMITTELN IN DER EU UND IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Am 22. April 2008 debattierte das Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg über den Preisanstieg bei Nahrungsmitteln in der EU und in Entwicklungsländern. Einigkeit bestand darin, dass es für den derzeitigen Preisanstieg vielschichtige Gründe gibt, z. B. die steigende Nachfrage, den Klimawandel, die Rekord-Ölpreise, die Biospritproduktion, die Spekulation sowie die Handelsstrukturen und die EU-Agrarpolitik. Differenzen bestanden insbesondere hinsichtlich der Biotreibstoffpolitik der EU. Die Kommission weist allerdings darauf hin, dass die Produktion der Bio-Kraftstoffe nur 2 % der landwirtschaftlichen Produktion in Europa ausmacht.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/008-27011-112-04-17-901-20080418STO27010-2008-21-04-2008/default_de.htm

BSE-VORSCHRIFTEN WERDEN GELOCKERT

Die Altersgrenze, ab der bei geschlachteten Rindern die Wirbelsäule entfernt werden muss, wird von 24 auf 30 Monate angehoben. Eine entsprechende Verordnung hat die Kommission am 22. April 2008 beschlossen. Am gleichen Tag haben sich die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette darauf geeinigt, Fischmehl zur Verwendung in Milchaustauschern für Kälber und Lämmer wieder zuzulassen. Die Kommission hält eine Lockerung der BSE-Vorschriften aufgrund der Fortschritte in der BSE-Bekämpfung für angemessen (siehe hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/624&format=HTML&aged=0&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

FAMILIENPOLITIK: MEHRWERT DURCH GRENZÜBERSCHREITENDEN ERFAHRUNGS- UND IDEENAUSTAUSCH IN EUROPA

Auf die Bedeutung eines grenzüberschreitenden Erfahrungs- und Ideenaustauschs im Bereich der Familienpolitik hat Melanie Huml, Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, bei einem Europagespräch in der Bayerischen Vertretung Brüssel am 5. Mai 2008 hingewiesen. Ebenso bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit sei Europa von zentraler Bedeutung. Bei der Veranstaltung, an der EU-Sozialkommissar Dr. Vladimír Špidla und Johannes Singhammer, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familien, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag,

teilnahmen, warnte sie jedoch gleichzeitig vor einem legislativen Tätigwerden der EU in familienpolitischen Fragen.

SOZIALPOLITISCHE AGENDA: KOMMISSION WIRBT FÜR UMFASSENDEN ANSATZ – „CHANCEN, ZUGANGSMÖGLICHKEITEN, SOLIDARITÄT“

Die Europäische Kommission hat bei einer Konferenz am 5./6. Mai 2008 in Brüssel Grundelemente ihrer im Zuge der Revision der Sozialpolitischen Agenda vorgesehenen Erneuerung der Sozialpolitik vorgestellt. Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigte eine „moderne Agenda“ an, die an die heutigen sich schnell verändernden sozialen Realitäten angepasst sein müsse und die die Bürger für eine globalisierte Welt „befähigt und ausstattet“. Für das geplante Reformprogramm unter dem Motto „Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität“ skizzierte er einen integrierten multidimensionalen Politikansatz, der Aspekte der Beschäftigung, Gesundheit, Mobilität, Integration, Erziehung und Nicht-Diskriminierung umfasst. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/678&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ORGANSPENDE: PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS NIMMT ENTSCHEIDUNG MIT BREITER MEHRHEIT AN

Das Europäische Parlament (EP) hat am 22. April 2008 mit breiter Mehrheit einen Initiativbericht zur Bekämpfung von Organmangel, Organhandel und Transplantationsrisiken verabschiedet (s. EB 7/2008). Die Parlamentarier schlagen u.a. die Einführung eines europäischen Organspendeausweises in Ergänzung zu nationalen Systemen, die Schaffung einer „Transplantations-Hotline“, die Nutzung eines Organpools und Maßnahmen zur Verhinderung von „Transplantationstourismus“ vor. Die Kommission wird auf der Grundlage ihrer Mitteilung vom 30. Mai 2007

(s. EB 10/2007) dazu aufgefordert, eine Richtlinie vorzulegen, die Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen für die Spende, Beschaffung, Testung, Konservierung, Verbringung und Verteilung von Organen in der EU aufstellt. Übermäßige bürokratische Belastungen müssten jedoch aus Sicht der Abgeordneten vermieden werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0130+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN: KOMMISSION BEANSTANDET RABATTVERTRÄGE DURCH GESETZLICHE KRANKENKASSEN

Wegen des Abschlusses von Rabattverträgen durch rund 240 gesetzliche Krankenkassen hat die EU-Kommission beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 226 EG-Vertrag. Dies hat die Kommission am 6. Mai 2008 mitgeteilt. In ihrer Begründung wies sie darauf hin, dass die Mehrzahl der Verfahren für den Abschluss dieser Rahmenverträge „nicht den Anforderungen der europäischen Richtlinien über das öffentliche Auftragswesen entsprechen“.

Wirtschaftsteilnehmer, mit denen kein solcher Rahmenvertrag geschlossen wird, seien während der Laufzeit dieser Verträge mit ihren Erzeugnissen vom deutschen Markt ausgeschlossen. Die Vergabeverfahren benachteiligten aus Sicht der Kommission nicht nur kleine und mittlere Arzneimittelhersteller, sondern setzten diese der Gefahr aus, „dauerhaft vom Markt verdrängt zu werden“. Erhält die Kommission binnen zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort, kann sie den Europäischen Gerichtshof anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/686&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

LANGZEITPFLEGE: EU-KOMMISSION GEHT VON STEIGENDER NACHFRAGE AUS – ERHEBLICHE KOSTENZUNAHME BIS 2050

In einem am 28. April 2008 vorgelegten Bericht hat die EU-Kommission eine steigende Nachfrage nach Langzeitpflegeleistungen prognostiziert. Der Studie zufolge werden die Kosten vor allem für den Langzeitpflegebedarf bis 2050 erheblich zunehmen. Danach werden sich die durchschnittlichen öffentlichen Ausgaben für die Langzeitpflege in den EU-25-Mitgliedstaaten im Zeitraum 2004 bis 2050 von 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,6 Prozent fast verdoppeln. Eine weitere Berechnung geht sogar von 2,3 Prozent des BIP aus. Gleichzeitig wies die Kommission auf die Schaffung von Arbeitsplätzen infolge einer wachsenden Nachfrage nach Pflegeleistungen hin.

http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/news_de.cfm?id=388

EUROPÄISCHER QUALIFIKATIONSRAHMEN: EMPFEHLUNG VON RAT UND PARLAMENT ANGENOMMEN

Die Empfehlung der EU-Kommission zur Umsetzung eines Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (EQR) wurde vom Rat und dem Europäischen Parlament am 23. April 2008 angenommen. Der Referenzrahmen soll die Qualifikationssysteme in den einzelnen Ländern miteinander verbinden und als „Übersetzungshilfe“ dienen, um den Vergleich von

Bildungsabschlüssen in Europa zu erleichtern und so einen Beitrag für lebenslanges Lernen und Mobilität darstellen. Die Empfehlung sieht vor, dass die Mitgliedstaaten ihre nationalen Bildungssysteme bis 2010 anpassen; Zeugnisse und Abschlüsse sollten ab 2012 einen EQR-Verweis tragen. Der EQR deckt Qualifikationen ab, die in allen Bildungsbereichen erworben wurden, u.a. allgemeine Bildung, Hochschulbildung und berufliche Bildung. Kernelement bilden acht Referenzniveaus vom Abschluss der Pflichtschule bis zu Spitzenqualifikationen (s. EB 21/2007).

http://ec.europa.eu/education/policies/educ/eqf/index_en.html

EINIGUNG ÜBER RÜCKFÜHRUNGSRICHTLINIE – ZUSTIMMUNG VON RAT UND EP NOCH UNSICHER

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Manfred Weber (D, EVP), der Vorsitzende des Rates Justiz und Inneres, Sloweniens Innenminister Dragutin Mate, und die Europäische Kommission haben sich am 23. April 2008 über die letzten strittigen Fragen zur Rückführungsrichtlinie (vgl. EB 08/08) geeinigt. Bei den Schlüsselfragen haben sich keine wesentlichen Änderungen mehr ergeben. Abschiebehaft soll im Regelfall nicht länger als sechs Monate dauern, in Einzelfällen soll eine Verlängerung auf bis zu 18 Monate möglich sein. Nach einer Abschiebung ist ein Wiedereinreiseverbot von bis zu fünf Jahren Dauer vorgesehen, bei einer ernstesten Gefahr für die Sicherheit auch länger (s. dazu auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMI in diesem EB).

JUGENDSCHUTZ: MITTEILUNG DER KOMMISSION ZU VIDEOSPIELEN UND ZUM SCHUTZ MINDERJÄHRIGER

In einer Mitteilung vom 22. April 2008 hat die Europäische Kommission Stellung bezogen zum Thema Videospiele und dem Schutz Minderjähriger. Sie ruft Mitgliedsstaaten, aber auch Hersteller und Händler auf, für einen besseren Schutz u.a. durch Anwendung des so genannten „PEGI-Labels“ (Pan European Games Information) Sorge zu tragen. Die Videospiele-Industrie, die PC-Spiele, Spielekonsolen, tragbare Spiele und Onlinespiele umfasst, verzeichnet auf europäischer Ebene immer noch sehr hohes Wachstum. In diesem schnell wachsenden Markt mit generationsübergreifendem Publikum erkennt die Kommission einerseits den Schutz der Meinungsfreiheit bei Nutzern und Schöpfern, mahnt aber andererseits auch die Verantwortung der Politik für den psychologischen Schutz von Minderjährigen an. In Deutschland kommt das „PEGI-System“ nicht zur Anwendung, hier gelten eigene, strengere nationale Regelungen (s. dazu auch Bericht aus dem Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

[HTTP://EUROPA.EU/RAPID/PRESSRELEASESACTION.DO?REFERENCE=IP/08/618&FORMA
T=HTML&AGED=0&LANGUAGE=DE&GUILANGUAGE=EN](http://europa.eu/rapid/pressreleasesaction.do?reference=IP/08/618&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=EN)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

**BILDUNG: KOMMISSION BITTET UM HINWEISE DER MITGLIEDSTAATEN ZUR
GESTALTUNG DER EU-BILDUNGSKOOPERATION NACH 2010**

Die Generaldirektion ‚Bildung und Kultur‘ der Europäischen Kommission hat die Mitgliedstaaten und europäischen Verbände am 30.04.2008 dazu aufgerufen, sich bis 11.06.2008 an einer Konsultation zur Gestaltung der künftigen EU-Bildungskooperation (2011 – 2020) zu beteiligen und zu Fragen zur Ausrichtung der Zusammenarbeit nach 2010 (u. a. Zielsetzungen, Rolle von Indikatoren und *benchmarks*, Berichtlegung, Anwendung der Methode der offenen Koordinierung im Bildungsbereich) Stellung zu nehmen. BY hat in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, länderseitig eine aus vier Ländern (BE, BY, SH, SN) bestehende Arbeitsgruppe mit dem Ziel der Erarbeitung einer einvernehmlichen Bund-Länder-Stellungnahme einzusetzen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG: EUROPÄISCHES TECHNOLOGIEINSTITUT (ETI)

Wroclaw, Budapest, Sant Cugat del Valles, Wien und Bratislava (im Verbund) und Jena haben sich um den Sitz des Verwaltungsrats beworben. Mit der Auswahl ist der Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 30. Mai 2008 befasst; die endgültige Entscheidung fällt voraussichtlich erst im Juni 2008 beim Treffen des EU-Ministerrats.

<http://www.ec.europa.eu/eit>

BEIRAT FÜR DEN EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUM BENANNT

Die Europäische Kommission konstituierte den Beirat des Europäischen Forschungsraums (European Research Area Board, ERAB). Von den 22 Beiratsmitgliedern stammen aus deutschen Forschungseinrichtungen: Dr. Reinhold Achatz (Vizepräsident und Leiter von Siemens Corporate Research and Technologies), Dr. Jean J. Botti (Technischer Leiter von EADS) und Dr. Ingrid Wüning Tschol (Leiterin des Programmbereichs Wissenschaft und Forschung der Robert Bosch Stiftung).

<http://ec.europa.eu/research/erab>

INITIATIVE „INNOVATIVE ARZNEIMITTEL“ (IMI) GESTARTET

In Form der Public Private Partnership fördern Kommission und Pharmaindustrie mit insgesamt 2 Milliarden Euro bis 2013 die Erforschung und Therapieentwicklung von Gehirn-, Stoffwechsel- und Entzündungskrankheiten.

http://imi.europa.eu/index_en.html

http://cordis.europa.eu/fp7/itis/home_en.html

EMPFEHLUNG DER KOMMISSION ZUM UMGANG MIT GEISTIGEM EIGENTUM

Mit der am 10. April 2008 verabschiedeten Empfehlung der Kommission zum Umgang mit geistigem Eigentum bei Wissenstransfertätigkeiten und für einen Praxiskodex für Hochschulen und andere öffentliche Forschungseinrichtungen setzt die Kommission Maßstäbe für ein aktives Wissenschaftsmanagement der Mitgliedstaaten und ihrer Forschungseinrichtungen.

ABSCHLUSSBERICHT DER ÖFFENTLICHEN KONSULTATION ÜBER DEN EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUM

Der am 24. April 2008 veröffentlichte Abschlussbericht der öffentlichen Konsultation zum Grünbuch über den Europäischen Forschungsraum belegt Ressentiments der Mitgliedstaaten, der Forschungseinrichtungen und deren Forscher gegenüber einer weitergehenden Koordinierung der nationalen Forschungsförderungen.

http://ec.europa.eu/research/era/pdf/comm-pdf-sec-2008-0430-1-documentdetravail_en.pdf

KULTUR

Die Kommission beauftragte einen externen Gutachter mit der Evaluierung der Aktivitäten zur Umsetzung des Jahres des interkulturellen Dialogs. Ihrer Ansicht nach seien insbesondere die sog. „Brussels Debates“ als erfolgreich zu bewerten.

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 21. - 24.04.2008; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) traf auf seiner Tagung vom 21. bis 24.04.2008 in Straßburg Beschlüsse zur Förderung der Organspende und gegen den Organhandel, zum Umweltschutz durch marktwirtschaftliche Instrumente und zum Schutz der biologischen Vielfalt und Sicherheit (siehe hierzu auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMAS und StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A6-2008-0040&language=DE&mode=XML>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&language=EN&reference=P6-TA-2008-0179>

MEHR PRODUKTSICHERHEIT TROTZ STEIGENDER MELDUNGEN IM RAPEX-EU-SCHNELLWARNSYSTEM FÜR GEFÄHRLICHE PRODUKTE

Verbraucherschutzkommissarin *Kuneva* hat am 17. April ihren Jahresbericht für das EU-Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte, RAPEX (Rapid Alert System for Non-Food Consumer Products) vorgestellt. Danach sind 2007 die Meldungen von RAPEX im Vergleich zu 2006 um 53 % auf 1605 gestiegen. Davon lagen 1355 in der Kategorie „ernstes Risiko“. Die Zunahme der Warnmeldungen bedeutet nach Ansicht der Verbraucherschutzkommissarin *Kuneva* keinesfalls, dass mehr gefährliche Produkte auf den Markt gelangen, sondern sind das Ergebnis einer effektiveren Durchsetzung der Produktsicherheitsbestimmungen durch die nationalen Behörden.

http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/docs/rapex_annualreport2008_de.pdf

BSE-VORSCHRIFTEN WERDEN GELOCKERT

Die Altersgrenze, ab der bei geschlachteten Rindern die Wirbelsäule entfernt werden muss, wird von 24 auf 30 Monate angehoben. Eine entsprechende Verordnung hat die Kommission am 22. April 2008 beschlossen. Am gleichen Tag haben sich die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette darauf geeinigt, Fischmehl zur Verwendung in Milchaustauschern für Kälber und Lämmer wieder zuzulassen. Die Kommission hält eine Lockerung der BSE-Vorschriften aufgrund der Fortschritte in der BSE-Bekämpfung für angemessen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/624&format=HTML&aged=0&language=DE>

KONSULTATIONEN ZUR GEBÄUDEENERGIEEFFIZIENZ UND ZUM VERBOT DES HOLZKONSERVIERUNGSMITTELS KREOSOT

Die Europäische Kommission hat Konsultationen zur Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und zum Verbot des Holzkonservierungsmittels Kreosot eingeleitet. Die Frist zur Eingabe von Stellungnahmen zur Gebäudeenergieeffizienz endet am 20. Juni bzw. am 30. Juni für Kreosot.

http://ec.europa.eu/energy/demand/consultations/buildings_dir_en.htm

<http://ec.europa.eu/environment/biocides/creosote.htm>

INITIATIVE „INNOVATIVE ARZNEIMITTEL“ (IMI) GESTARTET

In Form der Public Private Partnership fördern Kommission und Pharmaindustrie mit insgesamt 2 Milliarden € bis 2013 die Erforschung und Therapieentwicklung von Gehirn-, Stoffwechsel- und Entzündungskrankheiten (siehe hierzu auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMWFK in diesem EB).

http://imi.europa.eu/index_en.html

http://cordis.europa.eu/fp7/jtis/home_en.html

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN: KOMMISSION BEANSTANDET RABATTVERTRÄGE DURCH GESETZLICHE KRANKENKASSEN

Wegen des Abschlusses von Rabattverträgen durch rund 240 gesetzliche Krankenkassen hat die EU-Kommission beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 226 EG-Vertrag. Dies hat die Kommission am 6. Mai 2008 mitgeteilt. In ihrer Begründung wies sie darauf hin, dass Wirtschaftsteilnehmer, mit denen kein solcher Rahmenvertrag geschlossen wird, während der Laufzeit dieser Verträge mit ihren Erzeugnissen vom deutschen Markt ausgeschlossen seien (siehe hierzu auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/686&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

BERICHTE ZUR REFORM DES RECHTSRAHMENS TELEKOMMUNIKATION IN DEN AUSSCHÜSSEN DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VORGELEGT

Vergangene Woche legten die Berichtersteller der beteiligten Ausschüsse des Europäischen Parlaments ihre Berichte zur den einzelnen Teilbereichen der vorgeschlagenen Novellierung des Rechtsrahmens Telekommunikation vor. Ein gemeinsamer Grundtenor der Berichte ist dabei die fast durchgängige Ablehnung der Errichtung einer neuen Europäischen Regulierungsbehörde für Telekommunikation (ECCMA). Stattdessen schlagen beispielsweise Frau Catherine Trautmann (PSE) und Frau Pilar del Castillo Vera (EVP) im Industrieausschuss – ITRE sowie Herr Karsten Friedrich Hoppenstedt (EVP) im Ausschuss für Wirtschaft und Währung – ECON die Schaffung eines verbesserten Netzwerkes der europäischen Regulierer (BERT) vor. Aber auch in anderen strittigen Fragen, wie der funktionalen Separierung oder der Einführung stärkerer marktwirtschaftlicher Elemente beim Frequenzmanagement stoßen die Kommissionsvorschläge auf Widerstand.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/reports.do?language=DE&committeeBeanReport.comId=816>

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZU VIDEO-SPIELEN UND SCHUTZ MINDERJÄHRIGER

In einer Mitteilung vom 22. April 2008 bezog die Europäische Kommission Stellung zum Thema Videospiele und den Schutz Minderjähriger. Sie ruft Mitgliedsstaaten, aber auch Hersteller und Händler auf, für einen besseren Schutz u.a. durch Anwendung des PEGI-Labels (Pan European Games Information) Sorge zu tragen. Die Videospiele-Industrie, die PC-Spiele, Spielekonsolen, tragbare Spiele und Onlinespiele umfasst, verzeichnet auf europäischer Ebene immer noch sehr hohes Wachstum. In diesem schnell wachsenden Markt mit generationsübergreifendem Publikum erkennt die Kommission einerseits den Schutz der Meinungsfreiheit bei Nutzern und Schöpfern mahnt aber andererseits auch die Verantwortung der Politik für den psychologischen Schutz von Minderjährigen an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/618&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>